

Berliner

Morgen-Ausgabe

Sonntag, 26. April 1919

Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentlich, oder M. 1,75 monatlich. Abonnementspreis bei Postvertrag: monatl. M. 1,75 u. vierstündig M. 5,25. Insertionspreis die Zeile M. 1,- mit 50% Zuschlag; Familien-Anzeigen die Zeile M. 1,- mit 40% Zuschlag; Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleine Anzeigen: das Wort 25 Pf., das fettgedruckte Wort 50 Pf. mit 60% Zuschlag. Abonnements-Anzeigen nehmen auch nebenstehend aufgeführten Filialen entgegen. - Redakt. u. H.-pt.-Ksp.: SW, Jerusalemer Str. 49-49. Tel. Zentrum Nr. 10131-10144; f. d. Fernwerk. Nr. 14207-14208. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filiale: Moritzpl. Kämpfner Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, Frankfurter Allee 206, Gr. Frankf. Str. 101, Großk. Str. 107, Leipziger Str. 14-16, Schloßbaustr. 4, Gneisenaustr. 1, Müllerstr. 125, Lichtenstr. 10-12, Rosenthalstr. 10, Rosenthaler Str. 10, Rosenthaler Str. 28, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 26, Ritterstr. 69-71, Cheruskerstr. 61, Kastanienstr. 28, Lützowstr. 24, Schönauerstr. 26, Nährstr. 26-28, Kaiser-Jahndamm 29; Friedenau: Rheinstr. 18, Halensee-Grunewald: Henriettenplatz 1, Lichtenberg: Vierlande 11-12, Mariendorf: Borsigstr. 11, Hennigsdorf: 95-96, Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Ohländstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4, Oberschöneweidestr. 2, Friedensstr. 12, 14, 16; Potsdam: Friedensstr. 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28; Urfeldstr. 20; Potsdam-Brandenburg: Str. 20; Spandau: Kreuzstr. 47; Stettin: Paradeplatz 8. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Vor einer Katastrophe in Leipzig?

Der Arbeiterrat gegen die Reichsregierung.

Die "Freiheit" veröffentlichte gestern abend das nachstehende Telegramm aus Leipzig:

"Der Arbeiterrat Leipzig erklärt ernst eine Bekanntmachung, in der er den Belagerungszustand für nicht bestehend erklärt."

Diese Erklärung des radikalen Arbeiterrats richtet sich gegen die durch die Reichsregierung erfolgte Verhängung des Belagerungszustandes über Sachsen. Die "Freiheit" meint diesen, nach der Notverfassung durchaus gesetzlichen Art eine "Provokation" und erachtet "aus unerreichbarer Quelle" dazu, daß die sächsische Regierung, die sich gegenüber der Leipziger und Chemnitzer Arbeiterschaft "ohnmächtig fühle", bei der Reichsregierung um diese Hilfe gebeten habe. Dann führt das Blatt fort:

"Die Arbeiterschaft in Leipzig wird sich nicht einschüchtern lassen durch die Tatsache, daß die Reichsregierung hinter die sächsische Regierung tritt. Sie wird vielmehr sich den Maßnahmen der Reichsregierung zur Erzeugung des Belagerungszustandes widerstehen. Wenn die Rotkäppchen in Leipzig einzutreten sollten, so wird eine solche Provokation zu fürchterlichen Zusammenstößen führen müssen. Mit dem Mitteln des Belagerungszustandes und der weißen Garde wird man in Leipzig nicht Ruhe und Ordnung sichern, sondern blutige Unruhen hervorrufen. Eine Sicherung der Messe durch Belagerungszustand und weiße Garde ist unmöglich. Die Leipziger Messe kann allein gefriedet werden durch den guten Willen der Leipziger Arbeiterschaft."

Wenn die "Freiheit" die Handlungswise der Regierung provokatorisch nennt, dann ist die Halsstarrigkeit der Arbeiterschaft noch mehr als expressiv. Ledermann muß sich nach einigem ruhigen Nachdenken doch sagen, daß auf diese Weise der Konflikt nicht aus der Welt geschafft werden kann. Bei dem ungünstigen Nachrichtendienst, auf den die Presse heute angewiesen ist, können wir nicht nachprüfen, inwieweit die Regierung der Leipziger Arbeiterschaft entgegenkommen könnte. In jedem Falle muß sie versuchen, von sich aus alles zu tun, was den radikalen Agitatoren den Wind aus dem Segeln nehmen kann. In dem wahrenlichsten Punkte ist aber der Leipziger Arbeiterrat arg auf dem Holzweg, nämlich damit, daß er meint, er könne handeln, wie wenn es eine Regierung für ihn überhaupt nicht gebe. Das ist Unzachtheit, und wenn sie sich behaupten sollte, allen gütlichen Absichten zum Trotz, dann müßte die Regierung allerdings mit allem Nachdruck beweisen, daß sie noch da ist.

Verschärfter Belagerungszustand über Gleiwitz

Gleiwitz, 25. April.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Volksmenge, die sich vor einem Kinotheke versteckt hatte, und Polizisten und Volkswehr wurden ein Mann getötet und zwei verwundet. Gestern Abend wiederholten sich die Zusammenstöße und Schiebereien an verschiedenen Stellen der Stadt. Wie verlautet, sind hierbei wieder sieben Personen getötet und mehrere teils schwer, teils weniger schwer verletzt worden. Der verschärfte Belagerungszustand wurde über Gleiwitz verhängt.

Die Kämpfe in Bayern.

Ulm, 25. April.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Gegen Garmisch-Partenkirchen wurde am 24. April von den Spartakisten ein Angriff verübt, der aber von der dortigen Ortswehr abgeschlagen wurde. In Gern haben Spartakisten aus Automobilen auf Leute geschossen, die dort abgeworfene Flugblätter der Regierung aufhoben. Am 22. April wurden in Starnberg 30 Geiseln durch die Spartakisten verhaftet. Eine Freiwilligenabteilung hat am 24. April nachmittags eine Brücke der Spartakisten gesperrt. Ein bei dem leichten Gefecht bei Dachau getöteter Angehöriger der Regierungstruppen, der wieder freigelassen wurde, teilte über das Gefecht bei Dachau mit: Während sich die beiderseitigen Führer besprachen, hielten sich die Spartakisten zum Angriff bereit. Die Führer der Spartakisten behaupteten, sie hätten keine Fähigkeit mit ihren Truppen. Das Zeichen zum Angriff der Spartakisten war ein Alarmschuß, der mit den Spartakisten der Pulverbasis von Dachau verabredet worden war. Es handelt sich hier also um einen Bruch des Waffenstillstandes.

Die Gehälter der Roten Garde.

Bamberg, 25. April. (Privat.)

Die Gehälter der roten Armee in München wurden auf 25 Mark Tagessold für Mannschaften, 1000 Mark Monatsold und 8000 Mark Handgeld für Unteroffiziere und 3000 Mark Monatsold und 15 000 Mark Handgeld für Offiziere erhöht.

In Landshut wurde gestern Hauptmann Emil v. Zweig verhaftet, der dorthin aus München gekommen war, um für die Kommunisten Propaganda zu machen.

Graf Arco umgebracht.

Bamberg, 25. April. (Privat.)

Ein aus München entkommener demokratischer Politiker erzählt, daß Graf Arco, der Mörder Kurt Eisner, von sparta-

Gehrenbach über den Frieden.

Eine Rede des Präsidenten der Nationalversammlung in Freiburg.

Freiburg i. B., 25. April.

Gelegentlich einer Tagung des katholischen Bürgervereins sprach der Präsident der deutschen Nationalversammlung Gehrenbach über die politische Lage, wobei er als sicher bezeichnete, daß Wilson geneigt sei, auf einen Punkt zu bestehen. Es sei sehr leicht möglich, daß das Plenum der Nationalversammlung einberufen werde, um über die Unterzeichnung des Friedensvertrages Besluß zu fassen sowie auch, um bei den Friedenshandlungen selbst mitzuwirken. Bis zum 5. Mai dürften die Verhandlungen so weit gediehen sein, um die Beschlüsse des Friedensausschusses im Plenum zu erörtern, vielleicht zum Abschluß zu bringen. "Wir sind uns nicht darüber im Zweifel", sagte er unter anderem, "was es namentlich für die Südwestdeutsche Friede bedeutet würde, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt wird. Jedenfalls nehme ich an, daß wir einen Frieden nicht unterzeichnen, der die Gefangen noch weiterhin in Gefangenschaft beläßt und der nicht die Aufführung der Blasphemie bringt. Wir werden auch einen Frieden nicht unterzeichnen, der das Saargebiet den Feinden austestet und Danzig den Polen zuwirkt. Ungeheuer ist die Verantwortung. Reichsleitung und Parlament tragen sie gemeinsam, und hinter ihnen steht das gesamte deutsche Volk. Das sollen unsere Freunde wissen, und das soll in ihre Vänder dringen, daß wir nicht jeden Frieden, der dictiert wird, annehmen, und daß wir kein Elendsvolt sein wollen."

Zur innerpolitischen Lage übergreifend, sagte Gehrenbach, daß das Plenum der Nationalversammlung habe mit grossem Fleiß gearbeitet. In der Verfassungskommission könne man von irgendwelchem Kulturmangel nichts merken. Die Kaiserprozeß sei seiner Meinung nach für Deutschland erledigt. Die Nationalversammlung werde vorläufig in Weimar bleiben, denn die Bestätigung des Reichsvertrages habe gezeigt, daß etwa ein halbes Jahr vergehen werde, bis die angerichteten Schäden ausgebessert seien. Der jetzige Zeitpunkt sei nicht geeignet, eine Werbeaktivität in Wien bezüglich des Abschlusses Deutschösterreich an Deutschland einzuleiten.

Die Adria-Krise.

Der Wille zur Einigung.

Paris, 25. April. (Gavac.)

Donnerstag nachmittag fand eine Konferenz zwischen Wilson, Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Sonnino statt. Die italienischen Forderungen wurden nicht erörtert. Wilson verteidigte sich und führte aus, daß er Orlando nicht befürwortete, was ihm Orlando bestätigte. Orlando wies aber darauf hin, daß, da seine Forderungen zur Sprache gekommen wären, er nicht umhin könnte, das italienische Parlament zu befragen. Nach der Sitzung gingen Orlando und Sonnino in ihr Hotel zurück und reisten, wie schon mitgeteilt, um 8 Uhr abends nach Rom.

Die Hanauerklärung führt fort: Es muß bekannt werden, daß es sich nicht um einen Bruch handelt, sondern nur um eine Unterbrechung der italienischen Mitarbeit bei den Arbeiten der Friedenskonferenz. Orlando hat die auf den 6. Mai festgesetzte Einberufung der italienischen Abgeordneten auf einen früheren Termin festgesetzt. Es wäre möglich, daß Orlando bis zur Eröffnung der Verhandlung mit den deutschen Vertretern, die nicht vor dem 1. oder 2. Mai beginnen würden, in Paris zurück sein wird. Bis zu seiner Rückkehr wird die italienische Delegation weder an den Arbeiten der Konferenz noch der Kommissionen teilnehmen.

Paris, 25. April.

Orlando erklärte dem "Echo de Paris" zufolge, daß er sich an das Parlament wenden werde, um die Bestätigung des ihm anvertrauten Mandates zu verlangen. Er werde dem König die Vertrauensfrage stellen. Das Parlament werde die nationalen Forderungen festzulegen haben.

Genua, 25. April. (Ciesant.)

Die Warenbörsen hat als Protest gegen die Handlungswise Wilsons ihre Tätigkeit eingestellt und Orlando zu seiner festen Haltung beglückwünscht.

Der "Corriere della Sera" meldet, daß der Sekretär der italienischen Volkspartei die Parteileitung dringend zusammenrief, um die volle Übereinstimmung mit der Ehre und den Interessen der Nation zu fundieren.

Die Amerikaner hinter Wilson.

Amsterdam, 25. April.

Die "Times" meldet aus New York, daß das amerikanische Publikum Wilson bei seiner Weigerung, die italienischen Ansprüche auf Fiume zu unterstützen, beipflichtet. Man ist der Ansicht, daß die Erfüllung der Forderungen den Grund zu einem neuen Kriege legen würde und glaubt, daß die bestreitbare Lösung die sein würde, Fiume, ebenso wie Danzig, zu internationalisieren.

Ein neues Arbeitsrecht.

Von Erich Kabelly.

Die Regierung arbeitet jetzt an einem neuen Arbeitsrecht. Es ist dringend notwendig; denn viele der in Bauers Demokratie enthaltenen sozialpolitischen Verordnungen sind in den wenigen Monaten ihrer Gültigkeit schon längst durch die Entwicklung überholst worden. Das war keine ruhige Entwicklung. Milliarden unseres Volksvermögens und noch wertvollere Güter hat uns die Tatsache gefestigt, daß die Arbeitnehmerchaft die in der Ventidreieck zusammengesetzte Sozialpolitik der Regierung als unzureichend betrachtet und daß sie glaubte, nur durch immer neue Störungen der Produktion die Rechte erringen zu können, die sie als Frucht der Revolution für sich beansprucht.

Waren diese furchtbaren Prüfungen unseres durch die Niederlage geschwächten Volkes notwendig? Ging es wirklich nicht anders? Warum war denn das ganze Volk darin einig, daß Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer die Führung in der Regierung übernehmen müssten? Weil man in ihnen die Vertrauen in Männer der Arbeiterschaft sah, die nach der Revolution ihre Forderungen präzisierten würden. Durch ihre Vertreter in der Regierung sollte die Arbeiterschaft ihre Forderungen durchsetzen, damit unser Band vor Erschütterungen durch die Unzufriedenheit der Massen bewahrt blieb. Diese Erwartung haben die Vertreter der Arbeiterschaft in der Regierung nicht erfüllt. Es liegt doch nicht so, daß nur die Spartacists und ihr Anhang vom linken Flügel der U. S. S. gegen die Regierung angesteuert sind. Das erschreckende ist die Erkenntnis, daß die sozialdemokratischen Regierungsänner auch die Fühlung mit der eigenen Arbeitnehmerschaft verloren haben. Wäre es sonst möglich gewesen, daß sie sich erst durch verhängnisvolle Streiks zu Kompromissen hätten treiben lassen müssen. Erst das Rätesystem, jetzt das Münsterungsrecht haben die sozialdemokratischen Minister denn nicht gewußt, daß die Massen ihrer eigenen Genossen solche Forderungen stellen wollen? Das ist kaum glaublich. Konnten sie die Erfüllung dieser Forderungen nicht verantworten? Dann hätten sie entweder ihren Platz anderen Vertrauensmännern ihrer Partei räumen oder wenigstens die Kabinettfrage stellen müssen. Es ist doch aber auf die Dauer für unser Wirtschaftsleben nicht erträglich, daß man zwar Millionen für eine ganz wirkungslose Plakatpropaganda gegen Streiks verschwendet, auf der anderen Seite aber immer erst mit der Erfüllung von Forderungen wartet, bis die Massen durch unfangreiche Arbeitseinstellungen die Dringlichkeit dieser Forderungen begründet haben.

In der Generalkommission der Gewerkschaften, der unsere jungen Minister für Sozialpolitik entstammen, wurde bei gewissen Gelegenheiten die Abkürzung "L. S." gebraucht. Das heißt "Läßt sich haben" und will sagen: wenn die Radikalismus und Stärke aus agitatorischen Gründen in den Gewerkschaftsverlammungen neue Ideen in die Debatte werfen und an den bewährten Grundsätzen der Gewerkschaftspolitik herumzögeln, dann soll man sie schwächen lassen und der Sache keine übertriebene Bedeutung beimessen. Sie beruhigen sich wieder und die Menge der Mitglieder unterstellt sich doch dem Einfluß der bewährten alten Führer! Es scheint so, als wenn die neuen Minister auch die Regierung unter der Marke "L. S." führen wollen. Sie vernünftlichen pflichtgemäß und eifrig die bewährten alten gewerkschaftlichen Forderungen und schmämen sich offenbar recht wenig um die neuen Sachen, die da in den Massen propagiert werden. Diese Rechnung hat den einen Fehler, daß sich die Massen heute nicht mehr so leicht beruhigen lassen, wie vor dem 9. November. Die Revolution hat nicht nur den Kaiser gestürzt und politische Forderungen der Demokratie verwirkt. Die wirtschaftliche Revolution ist da und ihre Ziele decken sich nicht durchweg mit dem alten, bewährten Programm der Generalkommission. Neue Ideen finden jetzt in der Masse leichter begeisterte Zustimmung und über ihre Durchführung wird nicht geschnellt, es wird gestreikt. Man kann vergleichsweise nicht mehr mit der Redensart "L. S." abtn; das heißt heute: "Sagt stрайke!" Deutschland aber kann das Streiken nicht mehr vertragen.

Das neue Arbeitsrecht, an dem die Regierung jetzt arbeitet, kann ein Segen für unser Vaterland werden. Es kann unser Wirtschaftsleben nach all den schweren Erschütterungen seit der Revolution wieder in Gang bringen, wenn es den Aufschluß der sozialen Revolution bildet, die erst nach dem November eingefetzt hat und unter deren Zuckungen wir jetzt noch leiden. Das ist eine Aufgabe so groß und schwierig, aber auch so dankbar, wie sie selten einer Regierung gestellt wurde.

Jetzt gilt es, die bitteren Lehren zu beherzigen, die sich aus der Bagatelligkeit ergeben haben, mit denen bisher die Regierung dem Willen der Massen gefolgt ist. Das soll nicht etwa heißen, es müsse nun jede vertragene Forderung erfüllt werden, die irgendwo von radikaler Seite aus agitatorischen Gründen gestellt wird. Auch das beste Arbeitsrecht wird die Leute um Spartacus nie befriedigen, die nun einmal von Demokratie nichts wissen wollen. Wenn nur ein Arbeitsrecht geschaffen wird, daß der besonnenen Mehrheit der Arbeiter und Angestellten die Gewissheit gibt, daß das alte Obriegelsverhältnis auch im Produktionsprozeß überwunden ist, dann ist genug erreicht und man wird mit den paar unverbaßlichen Schreien leicht fertig werden.

Goll das erreicht werden, dann müssen sich unsere neuen Minister darauf besinnen, daß sie mit den Schichten, als deren Vertreter sie in der Regierung stehn, engerer Führung nehmen müssen. Sie müssen erforschen, was man von ihnen verlangt und in welchen Dingen die Arbeitnehmerchaft nicht mehr das Programm billigt, das für die alte Gewerkschaftsbürokratie galt. Vielleicht gelingt es ihrem Einfluß, daß Arbeitnehmer herbeizuführen, wo ihr Verantwortlichkeitsgefühl ihnen das Mitzählen nicht erlaubt. Es sind doch alte Führer, die es fertig bringen werden, durch die Überzeugungskraft ihrer Freunde den alten Einfluß auf ihre Mandatgeber zurückzuerlangen. Gelingt ihnen das nicht, sind sie nicht mehr Vertreter der Arbeiterchaft, dann allerdings wäre ihr Verbleiben im Amt nicht mit dem Gesamtwohl vereinbar. Gegen den Willen der Arbeiterchaft im weitesten Sinne kann im neuen Deutschland ein sozialistischer Minister nicht regieren, wenn unsere Produktion nicht dauernd beunruhigt und lahmgelegt werden soll.

Gegen die Erdrohung des Streikrechts.

Der "Vorwärts" hatte am Donnerstag, im Anschluß an ein Telegramm vom französischen Sozialistenkongreß, folgende Meinungserklärung gebracht:

"Die Forderung nach Bedingungen, unter denen die Streiks vermieden werden können, ist auch für Deutschland zu erheben. Wir leiden unter der Freiheit mehr als irgendwie anderes Land. Es müssen obligatorische Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten geschaffen werden, um die Streiks in Zukunft unmöglich zu machen."

Dazu bemerkte sie offizielle Nachrichtenstelle der General-Kommission der Gewerkschaften:

Gegen diese leichtfertige Preisgabe eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterklasse erheben wir schärfsten Protest. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die dänischen Gewerkschaften über eine Befestigung des Streikrechts auch nur verhandeln, geschweige denn ihr zu unterwerfen wünschen. Wenn die Regierung, als deren Sprachrohr der "Vorwärts" ja heute fungiert, sich wirklich mit derartigen Maßnahmen traut, wird sie eine geschlossene Phalanx der Arbeiter gegen sich finden."

Diese Erwiderungen von gewerkschaftlicher Seite sind in Ton und Haltung sehr bemerkenswert.

Die Maifeiern.

Keine Aufhebung des Belagerungszustandes.

Wir hatten schon im gestrigen Abendblatt mitgeteilt, daß die Unabhängigen am Vormittag des 1. Mai drei große Kundgebungen auf den Spielwiesen des Treptower Parks, Kumboldi und Friedrichshains veranstalten wollen. Da sich die Bemühungen, für die beiden großen sozialdemokratischen Parteien einheitliche Maifeiern zu veranstalten, zerstört haben, werden die Mehrheitssozialisten gesonderte Feiern abhalten. Es sind neben großen Versammlungen vorgesehen, unter anderem auf dem Tempelhofer Feld, dem Eggersplatz an der Schönhauser Allee, auf den Pöborwiesen, am Reichstagplatz und in Charlottenburg. Während die Kundgebungen der Unabhängigen nur unter den beiden Parteien, "Sozialismus" und "Internationale" stehen werden, sind auf den mehrheitlich sozialistischen Programmen neben den eigentlichen sozialistischen Ideen auch die des Blüherbundes, Weltfriedens und eines gerechten Friedensschlusses vertreten. Von dem demokratischen Seite sind ebenfalls größere Versammlungen geplant, doch liegen genauere Programme noch nicht vor. Bei den sozialistischen Feiern ist auch die aktive Beteiligung von Russlandpartei und Gangelschtern vorgesehen.

Darüber, ob der Belagerungszustand überhaupt oder nicht wichtiger für den 1. Mai aufgehoben werden soll, hat sich die Regierung bisher noch nicht geäußert. Allerhand unklare Pressemeldungen wollen jedoch wissen, daß die Regierung irgendwelche Demonstrationen am Maifeiertage nicht entgegensteht, vielmehr nur dann einschreiten würde, wenn die Auseinandersetzung gefährdet werden sollte. Wir würden es begreifen, wenn sich die verantwortlichen Stellen noch amtlich und unzweideutig zu dieser Angelegenheit äußern würden. Wie eine Berliner Nachrichtenstelle zu melden weiß, wird der Verlehr, sowohl auf den Eichen- als auch den Straßenbahnen, wahrscheinlich nicht gefürt werden, da sich Beamten und Arbeiter, im allgemeinen Interesse, gegen eine Arbeitnehmerabrogation ausgesprochen hätten.

"Don Juan" im Opernhaus.

Auch diese schon lang versprochene Neuinszenierung ist jetzt, mit Ende der Saisons, Tatsache geworden. Unter Richard Strauß und seiner Leitung erschien Margot Müll in einer Klarheit und Ausdrucks Kraft, wie man sie nur in den seltensten Fällen zu hören bekommt. Soeben erfreute sich der baldende Impuls des Dirigenten nicht auch gleichmäßig auf die Solisten. Auf der Bühne nahm Karl Reinert den Don Juan im Spiel und Tempo etwas zu schwer. Sein Schauspiel, ausgeschlagen, modulationsfähig Organ war kaum ein guter Mittler Wagner'scher Musik. Paul Knüpfers Komik ist bolan und gekölt. Neu war Lillian von Grancisfeldt als Cloris. Sie bewußte sich redlich, die schwere Partie zu meistern, blieb aber doch gelanglich manches schuldig. Barbara Kempf Anna war eine achtbare Leistung. Auch Herr Hutt sang hier im Verlaufe des Abends ein, während die Loreto des Herrn Götsch sich vor allem an das Tanztheater hieß und die höhere Seite betonte. Eine allerletzte Berliner ist natürlich die Artot. Dr. Eduard Haubich fehlt ihr ein ebenbürtiger Partner zur Seite. Professor Kauft hat Dekorationen von überzeugend malerischer Wirkung geschaffen. Das letzte Bildnis und der Festsaal in einem warenen brauen Ton sind auf besten gelungen. Hermann Bachmanns Logie ist die sterquilgen Gestaltungen in sinnengemäße Bewegung auf und hörte gegen für Volkung der Zuhörer. Die Neuinszenierung ist engagiert der Gewohnheit mit einem ruhigen Ernst gewidmet. Musikaufzüge konnte manches temperamentsvoller, leichter sein; sonst aber wirkte diese Dämpfung, ausgangs bestremlich, sehr wohlthuend. L. B.

Vortragsabende.

Maus Groths hundertste Geburtstage war ein Vortragsabend gewidmet, den Ludwig Hartel am Gedächtnis am 27. April veranstaltete. Er vogtete jedoch nicht nur Groth, sondern auch dessen Verwandtschaft: die Storm, Bielefelder, Fontane und Timm Kröger. Die in ihrem Leben weit bekannte wunderbare Gestaltungskunst Groths zeigte wieder neue Triumphe. Das will etwas heißen, wenn man bereits achtzehn Vortragsabende in der Saison gegeben hat. Auch am neunzehnten sah uns malte sein Talent neue Erfolge: neue Bilder aus dem Schaffen des Bekannten der naturdichten Poesie und Prosa. Groß' „Min Moderprat“, „Min Jochann“ und „Die null in möge“ gab es so universell plattdeutsch und innig, daß

Die „Gerechtigkeit“.

Was geht in den Gefangenissen vor?

Die "Deutsche Tageszeitung" hatte sich vor einigen Tagen in einem Artikel "Gerechtigkeit" zum Fürsprecher der wegen des Doppelmordes Liebknecht-Luxemburg verhafteten Offiziere gemacht. Das Blatt behauptete, diese würden in der Haft weit schlechter behandelt als die politischen Gefangenen. Wir hatten damals gefordert, daß die Regierung den Beschimpfungen nachgehen und, falls sie zutreffen sollten, Hilfe leisten müsse. Hierüber sind acht Tage vergangen. Die "Deutsche Tageszeitung" hat nichts mehr gefagt, und die Regierung schwieg. Die "Freiheit" bringt nun, unabhängig von dieser Angelegenheit, einen Bericht, der das glatte Gegenteil von dem darstellt, was das agrarische Blatt behauptet hat:

Während die politischen Untersuchungsgefangenen im Lehrter Gefangenennissen bei ihrem Spaziergang im Gefangenengarten ihres Schicksal und Luxemburg verhafteten Offiziere arm in Arm. Während die anderen Gefangenen, abgesehen von diesen Spaziergängen, in ihren Zellen bleiben müssen, haben jene Herren volle Bewegungsfreiheit innerhalb des Gefangenennisses und dürfen sogar die Arbeitsräume, wie die Druckerei, betreten. Die Gefangenen werden einzeln vernommen. Der Untersuchungsrichter tut alles möglich, um eine Anklage konstruieren zu können. Liebknecht, Abder, der Jäger Kunge wurde in Gegenwart der mitangeholtigen Offiziere verhört.

Die "Deutsche Tageszeitung" hatte die Regierung in der schäbigsten Weise angepöbelt. Sie hatte ihr Klassenbewußtsein vorgewiesen. Da das agrarische Blatt kein einziges Mal vorher die amtlich festgestellten Missstände in den Gefangenennissen verurteilt hatte, begleiteten wir die Behauptungen von der angeblichen Zurückziehung der inhaftierten Offiziere mit dem Ausdruck der Vermutung, daß das Ganze wohl nur ein Stimmenmanöver sei, um die in der Nordische Angestellten schon vor der Verhandlung zu entlasten. Wir wiederholen nun unsere an die verantwortlichen Stellen gerichtete Aufforderung, für Klarheit in dieser Sache zu jagen.

Alldeutsche Gemütsruhe.

Ebenso wie wir veröffentlichte gestern abend die "Deutsche Tageszeitung" nachstehende Notiz:

"Die gestrigen spartakistischen Unruhen in Hindenburg forderten den 'Oberbefehl des Wandern' auf, so dass Opfer. Bei Sicherung der Straßen wurden ein 14- und ein 16-jähriger Knabe getötet. Ein Bergmann erhielt einen Bodenschlag, eine Anzahl weiterer Personen wurde durch Streichjagde oder schwere Kolbenschläge verletzt."

Das agrarisch-alldeutsche Blatt überbrachte diese Meldung mit den Worten: "Jugendliche als Spartacists". Wer waren die "Spartacists"? Knaben, wie es heißt. Kinder, die offenbar zufällig auf der Straße standen oder auf dem Heimweg begriffen waren. Ihr Tod müßte jeden wie immer gesunken Menschen rühren und nachdenklich stimmen. Denn ein Kind kann kaum schon ein "Spartacist" sein. Aber das hindert eine gewisse Presse nicht, jeden, aber auch wirklich jeden Vorfall in politische Meine umzuwechseln.

Das Ende der "Exzellenz". Der Titel "Exzellenz" wird, wie die "Tägliche Rundschau" von unterrichteter Seite erfahren haben will, nicht mehr verliehen.

Wo bleiben die Kirchenslogen? Die Gemeinden, die im Kriege ihre Kirchenglocken abliefern, streben danach, die noch nicht eingezahlten Glöckchen zurück zu erhalten. Die Reichsregierung ist diesbezüglich sehr vorsichtig gewesen.

Der Vord in der Arbeiterpartei. Einer der reichen Magnaten Englands, Lord Kimberley, hat sich der Labour Party angeschlossen. Bei der Gründung des neuen Arbeiterinstituts in Birmingham erklärte er in einer Rede, daß er nicht dafür kämpfe, daß er als Lord geboren sei. Er sei trotzdem ein guter Demokrat und hoffe, daß die Arbeiterpartei bald die Regierungsgewalt ergreifen werde.

Ein Arbeitsnachweis für Militärveteranen. An zuständiger Stelle erfahren die P. P. N.: In letzter Zeit mehrere sich die Leidenschaften der Veteranen zahlreicher Heeresangehöriger (Offiziere, Beamte und Unteroffiziere) darüber, was bei der bevorstehenden Reichsgründung unzureichendes Heeres- und Marinestafft aus ihrer Zukunft werden sollte. Die Reichsregierung hat dieser Frage seit längerer Zeit ernstlich ihre

man es gern noch einmal gehört hätte. Von Timm Kröger hatte er das bekannte Gesicht "Hinter" in sein Programm aufgenommen, das, im freien Vortrag, höchst gelang. Die wehmütigen Verse Storms, "Trost, schlafe mir die Augen!", "Einer Toten", sowie "Die Spinne von Sant Peter" und "Abchied und Rückkehr" von Bielefelder wurden zu ganzer, ewiger Kunst erhoben. "Der kleine Himmelmann" von Storm und Bielefelder "Betrüben" gaben dem Abend zuweilen eine heitere Note. Der Beifall war selten herzlich und stark.

Die Gesellschaft der Kommerkulstaben Brandt-Jacoby hatte es sich an ihrem vierten Kommerkulstaben, der am Donnerstag in dem kleinen, hell- und lebenswarmen Saale des Deutschen Theaters stattfand, wiederum zur denktenswerten Aufgabe gemacht, einen Dichter der Gegenwart zu vernehmen. Hermann Claudiuus, ein junger Engel des großen Matthias Claudius, war der Abend gewidmet. Das sympathische Menschlein dieses neuen Hamburger Schriftstellers brachte O. L. Brandt mit einigen Worten der Einleitung näher, während Rudolf Lettinger Gedichte von ihm, zum Teil aus der Handchrift, las. Das Organ des Vortragenden ließ im harten Hamburger Platt geförmte Gedichte aus "Maus Muern" und "Hörst du nicht den Eisenherrn?" zu unverschärfster, unverfälschter Natur aufleben, während es dem größeren Stimmtönung erforderlichen Hochdeutsch bei weitem nicht so gerecht werden konnte. Die Liebe dieses Dichters zum Volke pulsirte wie ein warmer Blutstrom in den beiden Gedichten "De Nieder" und "De Barg". a. k.

Theaterchronik. In der Uraufführung von Else Lasker-Schülers "Wunder", die im Rahmen der Veranstaltungen des Deutschen Theaters stattfand, wittert in den Hauptrollen die Damen Margaretha Christian, Paula Geyer, Auguste Prasche, Gräfin Margarete Schlegel, Else Wagner und die Herren Josef Groß, Paul Graetz, Paul Günther, Helmuth Kötig, Friedrich Kühlne, Johannes Niemann und Wilhelm Voeller mit. Die begleitende Musik kommt von Friedrich Holländer. Das Orchester wird von Komponisten geleitet. Die Dekorationen hat Ernst Stern entworfen und gemalt. Regie führt Heinrich Gersbach.

Im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater gelang am Sonntag, den 27. April, nachmittags 3 Uhr, zu vollständigen Preisen das Singpiel "Hannibal" ("Das Trimäderhaus" 2. Teil) in erster Aufführung zur Aufführung. Spielstättung: Direktor Gustav Friedrich; mit: Deutsche Zeitung: Dr. Max Klemm.

Ausmerksamkeit zugewandt. Sie hat in Aussicht genommen, die Reichszentrale für Arbeitsschaffnisse ein besonderes Deponiat zu schaffen, das sich damit zu beschäftigen haben wird, die freiwerdenden Heeresangehörigen in der Volkswirtschaft unterzubringen.

Die Verwertung von Reichsgrundbesitz.

Die amtlichen "Richtlinien".

Das Wolff-Bureau verbreitet folgendes:

Der Grund und Boden, der von Heer und Marine während des Krieges erworben wurde und nun mehr entbebt wird, beläßt sich auf Tausende Hektar Landes, die an zahllosen Stellen des Deutschen Reiches liegen. Diese ungeheure, teilweise überbauten Flächen sind vom Reichsministerium (Abteilung II Immobilien, Berlin, Friedrichstraße 66) unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Gesichtspunkte zu verwalten und zu vermarkten.

Vielfach haben die früheren Eigentümer, durch die Verhältnisse gezwungen, häufig im Wege der Enteignung, einen Teil ihres Grundbesitzes abtreten müssen, so daß eine Erfahrung ihres landwirtschaftlichen Betriebes eingerettet ist und sie ihre vorhandenen Ställe schenken und dergleichen nicht mehr voll ausnutzen können. In solchen Fällen verlangt es die Gerechtigkeit und das Interesse der Allgemeinheit an der möglichst Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, daß den Eigentümern die Möglichkeit gegeben wird, ihr früheres Eigentum zurückzuerwerben.

Ein großer Teil des Geländes eignet sich nach seiner Lage in Städten und Fabrikorten oder wegen völliger Erholungslosigkeit nur zu gewerblichen Niederlassungen mit Wohnsätzen. Seine Verwertung wird schwierig sein und nur allmählich vor sich gehen können.

Der Grund und Boden, der für ländliche Siedlungen in Betracht kommen kann, soll in erster Linie gemeinschaftlichen Siedlungsgeellschaften gegeben werden. Dabei wird im landwirtschaftlichen und finanziellen Interesse im allgemeinen der Weg des Weiteres zu wählen, im Kaufvertrag aber solens des Reiches dahin zu wirken, so daß der Eigentümer nicht mehr als Kleinfelder weitergebt, eine Nebenverteilung der Kleinfelder vermieden wird und jedes Bodenpaket ausgeschlossen wird. Auch wird das Reichsministerium nach Möglichkeit den gemeinschaftlichen Siedlungsgeellschaften günstige Kaufbedingungen gewähren. Würde das Reich selbst im Wege des Erbbaurechts oder der Verpachtung reichsweit seinen Geländen abgeben, so würde die Verwaltung einen so großen Überwachungsapparat in der Provinz und an den einzelnen Orten benötigen, daß nicht nur die einfließenden Erbau- und Pachtzinsen verschlungen würden, sondern für eine solche Verwaltung auch noch besondere Mittel aufwendend erforderlich wären. Außerdem wäre eine solche Maßnahme dem Streben der Reichsverwaltung widersprüchlich, den Behördenapparat möglichst zu vermindern.

Die vorstehenden Ausführungen können nicht als Grundlage angesehen werden, die stark anzuwenden sind, sondern dienen nur als Richtlinien dienen; das allgemeine Wohl fordert vielmehr, daß in jedem Einzelfall möglichst den sich widersprechenden Interessen Rechnung getragen wird.

Es will uns nicht einleuchten, daß das Reich Riesentaten hätte, wenn es selbst Gelände zu Erbbaurecht an Kleinfeldern weitergibt. Dafür muß es auch billigere Kontrollmöglichkeiten geben. Es handelt sich hier um eine wichtige grundlegende Frage sozialer Bodenpolitik, die nicht so ohne weiteres beiseite geschoben werden darf. Die Regierung bzw. der Reichsminister Gothein wird in der Nationalversammlung darüber noch nähere Auskünfte geben müssen.

Die Landarbeiteraufstände in Friesland.

Emden, 25. April. (P. P. N.)

Die Plünderungen, die im Kreis Weener stattgefunden haben, haben aufgehört, nachdem der Landrat gestern eine Einigung mit den Landarbeitern erzielt hat. Die Landarbeiter sind ergrimmmt darüber, daß die Bauern Vorräte, die sie selbst nicht zur eigenen Ernährung benötigen, zu Hämmer abgeben. Die Bedingungen, unter denen der Landrat die Einigung zustande gebracht hat, erscheinen nicht unbedenklich; insbesondere hat er 125 Gramm Fett wöchentlich zugestellt, während nach den Bestimmungen nur 75 Gramm gegeben werden dürfen. In Weener ist jetzt alles ruhig. Aber nun ist die Bewegung auf die benachbarten Kreise Emden und Aurich übergegangen. Dort haben die Plünderungszüge seit gestern begonnen. Das Generalkommando hat Unterstützung zugesagt. Zu großen Ausschreitungen ist es bisher nicht gekommen.

Die Regierungsstellen sollten nicht nur Militär schicken. Sie sollten auch den Grund der Unruhen zu erkennen suchen. Denn wenn sich selbst die bisher so ruhig gehielten Landarbeiter empören, dann muß schon irgend etwas stark faul im Staate Dänemark sein.

Die Neubildung der braunschweigischen Regierung nicht zustande gekommen.

Braunschweig, 25. April.

Die Neubildung der braunschweigischen Regierung, die in der heutigen Nachmittagssitzung der Landesversammlung erfolgen sollte, ist nicht zustande gekommen. Die Anträge auf Bildung eines Koalitionsministeriums wurden mit 30 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärten die Abgeordneten des Landesverbandes, sie beteiligen sich nicht weiter an den Beratungen und verließen den Sitzungssaal. Auch die Demokraten verließen den Saal. Da das Haus nunmehr beschlußfähig war, wurde die Sitzung abgebrochen und auf morgen vormittag anberaumt mit der gleichen Zusammensetzung.

Einnahme Kiews durch ukrainische Truppen.

Stanislau, 24. April.

Die Neubildung der braunschweigischen Regierung, die bis jetzt die Sowjetregierung Nekrassow in der Ukraine unterstellt haben, zu den ukrainischen Nationaltruppen übergegangen. Die aufständischen Truppen des Adams Zeleny haben den Böschewiten Kiew erobert und mit Ausnahme des zweiten Güterbahnhofs und einiger Dörfer die ganze Umgebung bis zum Fluss Irpen besetzt. Bewaffnete Abteilungen ukrainischer Bauern sind bis zur Eisenbahnstation Trubetska (westlich von Irpen) vorgedrungen und haben die Brücke über den Irpen gesprengt.

Hierzu die Wochenbeilage: Illustriertes Witzblatt "ULK" Nr. 17.

Beratungs-Richtlinien: für Ämter Politik: Dr. Erich Marx-Groth, Berlin, Reichs-Zentrale für Arbeitsschaffnisse; für Kommunale Politik: Karl Bötel, Berlin; für Kommunale Verwaltung und bürgerliche Zivil- und Soziale Unterhaltsbeläge: Helmut Böhm, Berlin; für Feuerwehr, Polizei und Eisenbahnen: Georg Giegerich, Berlin; für Industrie: Paul Gräb, Berlin.

Druck und Verlag: Adolf Wölfe, Berlin.

Hierzu 1 Beiblatt.

